



Redaktion:

Universität Duisburg-Essen
Ressort Presse in der Stabsstelle des Rektorats

Manuela Münch

Telefon: 0203/379-1482
manuela.muench@uni-due.de
www.uni-due.de/de/presse

Beachten Sie bitte:

Diese PDF-Datei darf nur für interne Zwecke genutzt werden.
Das Abspeichern und eine Weitergabe an Dritte in elektronischer oder Print-Form sowie die Komplett- oder Teileinstellung auf anderen Webseiten ist aus urheberrechtlichen Gründen nicht gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Tagesaktuelle UDE-Medienauswertung

Saarbrücker Zeitung Saarbrücken vom 18.09.2019, Seite 31	
Magersucht liegt auch in den Genen	3
ÄRZTE ZEITUNG ONLINE vom 17.09.2019 11:27	
Chief Patient Safety Officer in Essener Uniklinik	3
Süddeutsche Zeitung vom 18.09.2019, Seite 4	
Er macht Demokratie	4
Westdeutsche Allgemeine WAZ Essen-Rüttenscheid vom 18.09.2019, Seite 2	
Die Jugend verliert die Geduld	5
die tageszeitung vom 18.09.2019, Seite 18	
Der Geist ist hungrig, die Kasse leer	6
lokalkompass.de (Nordrhein-Westfalen) vom 17.09.2019 10:36	
Die Röttgersbacher wollen Geschichte und Zukunft in einem Buch zusammenfassen Vom... ..	7
WiWo.de (Wirtschaftswoche) vom 17.09.2019, Seite online	
Wie Politiker und andere Autohersteller zum Wasserstoff-Antrieb stehen	8
Westdeutsche Allgemeine WAZ Duisburg-Mitte vom 18.09.2019, Seite 22	
Wissenschaftler diskutieren Projektion	9
Rheinische Post Leverkusen-Langenfeld vom 18.09.2019, Seite 28	
Monheimer Schulen rücken zusammen	10

Tagesaktuelle UDE-Medienauswertung

Saarbrücker Zeitung Saarbrücken vom 18.09.2019

Saarbrücker Zeitung

Ausgabe: Hauptausgabe

Auflage: 35.996 (gedruckt)

Magersucht liegt auch in den Genen

Duisburg (np) Was ist der Auslöser der Magersucht? Lange vermutete die Medizin rein psychische Ursachen. Jetzt berichtet die Uni Duisburg-Essen, es gebe acht genetische Veränderungen, die mit diesem Leiden zusammenhängen. Das zeige die Analyse

der Daten von 17 000 Patienten. Anorexia nervosa, wie die Magersucht auch genannt wird, ist die psychische Krankheit mit der höchsten Sterblichkeitsrate. Sie gilt als schwierig zu behandeln. Die Forscher gehen davon aus, dass die neuen Daten, die sie

mit Kollegen des Londoner King's College gewannen, zu besseren Therapien führen werden.

ÄRZTE ZEITUNG ONLINE vom 17.09.2019 11:27

ÄrzteZeitung 

Chief Patient Safety Officer in Essener Uniklinik

ESSEN. Pünktlich zum Welttag der Patientensicherheit am Dienstag hat das Universitätsklinikum Essen die Schaffung der neuen Position des "Chief Patient Safety Officers" angekündigt.

Die Aufgabe übernimmt Dr. Ruth Hecker, Anästhesiologin und Klinische Risikomanagerin, die bislang die Stabsstelle Qualitätsmanagement und klinisches Risikomanagement an der Uniklinik geleitet hat. Die Stelle sei als Verstärker für die Interes-

sen und die Sicherheit der Patienten gedacht, erläuterte Klinikdirektor Professor Jochen Werner.

Hecker soll künftig alle Tätigkeiten zum Thema Patientensicherheit an den drei Standorten des Hauses bündeln, koordinie-

ren und überwachen und ein Gesamtkonzept zum Thema entwickeln. (iss)

Süddeutsche Zeitung vom 18.09.2019

Süddeutsche Zeitung

Ressort: Meinungsseite

Ausgabe: Hauptausgabe

BUNDESPRÄSIDENT

Auflage: 152.028 (gedruckt)

Er macht Demokratie

VON NICO FRIED

Mit dem Amt des Bundespräsidenten ist ausgerechnet das höchste auch das einzige Amt im Staate, um das immer mal wieder die Diskussion entstand, wofür es überhaupt gebraucht werde. Wenn Frank-Walter Steinmeier diese Woche die Hälfte seiner ersten fünfjährigen Amtszeit hinter sich bringt, kann er als Erfolg verbuchen, dass diese Frage - die sein Vorgänger Joachim Gauck schon zu entschärfen vermochte - mittlerweile beantwortet ist: Unter starker politischer Beanspruchung hat sich das Amt des Bundespräsidenten im Wechselspiel zwischen äußeren Umständen und der Besonnenheit seines Inhabers plötzlich als erstaunlich wichtig erwiesen.

In seiner Antrittsrede im März 2017 hat Steinmeier die Demokratie als Mittelpunkt seiner Amtsführung hervorgehoben. Er bewies damit einen guten Riecher: Nicht nur der Bundespräsident ging das Thema an, das Thema kam alsbald auch auf den Bundespräsidenten zu. Die Demokratie in Deutschland, deren Regeln im Grundgesetz verankert sind, sieht für das Staatsoberhaupt in der Alltagspolitik keine Rolle als Entscheider vor. Die bisherige Amtszeit Steinmeiers hat aber gezeigt, dass in einer Demokratie unter Druck dem Bundespräsidenten eine entscheidende Rolle zuwachsen kann.

Mit seinen Überredungskünsten bei der Regierungsbildung nach den Bundestagswahlen 2017 hat Steinmeier den vorläufigen Höhepunkt seiner Amtszeit gleich am Anfang hinter sich gebracht. Zumindest gilt das, wenn man die realen Auswirkungen auf die Politik als Maßstab nimmt. Dabei darf man die Tatsache, dass Steinmeier die Entstehung einer erneuten großen Koalition damals maßgeblich unterstützt hat, nicht gleichsetzen mit einer Verantwortung für die

Politik, die diese Regierung seither macht. Wer meint, an der großen Koalition zu leiden und dafür den Bundespräsidenten beschimpft, sollte sich immer daran erinnern, dass zum Zeitpunkt von Steinmeiers Eingreifen nicht mehr eine andere Regierungsbildung die Alternative war, sondern nach deren Scheitern nur noch Neuwahlen mit unkalkulierbarem Ausgang.

Als Steinmeier damals die politische Blockade auflöste, agierte er wie keiner seiner Vorgänger in einer Rolle, die der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte als Reservemacht bezeichnet hat. Der Bundespräsident wirkte als Sachwalter des Wählerwillens, als Wahrer des Verfassungsziels stabiler Verhältnisse und als politische Integrationsfigur. Es ist ein symbolträchtiger Zufall, dass Steinmeier nun gerade in dieser Woche zu einem Besuch in Italien aufbricht. Auch Präsident Sergio Mattarella hat sich zuletzt als Staatsoberhaupt hervorgetan, das nicht bereit war, den einfachen Weg zu Neuwahlen zu gehen und damit denen zu folgen, die mit der Berufung auf einen angeblichen Volkswillen nur ihren unbedingten Machtwillen zu kaschieren trachten.

Welche Möglichkeiten das Grundgesetz einem politisch klugen Bundespräsidenten einräumt und wie es damit die Widerstandsfähigkeit der Demokratie stärkt, zeigt sich auch am Vergleich mit Großbritannien: Die Queen wäre jüngst nur um den Preis eines Traditionsbruchs und einer Debatte um ihre Kompetenzen in der Lage gewesen, Premierminister Boris Johnson von der zeitweiligen Beurlaubung des Parlaments abzubringen. Dass jede Regierung in London im Namen ihrer Majestät handelt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Staatsoberhaupt offenkundig weit weniger zur Lösung einer politischen Blockade beitragen

kann als der Bundespräsident.

Ein Blick ins Ausland zeigt übrigens auch, wie dienlich ein Staatsoberhaupt mit klaren Prioritäten sein kann. In Polen ist es jüngst sehr wohl wahrgenommen worden, dass Steinmeier sich ungeachtet aller gegenwärtigen politischen Differenzen zwischen Warschau und Berlin als höchster Repräsentant Deutschlands klar zur Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg bekannt hat - während der Präsident des wichtigsten Verbündeten Amerika sich erst entschuldigen und dann auch noch beim Golfspiel fotografieren ließ. Natürlich ist Steinmeier das Oberhaupt eines Deutschlands, in dem die Distanz zwischen vielen Bürgern und der Politik immer größer zu werden scheint. So ernst der Bundespräsident diese Stimmung nimmt, so klar zieht er auch Grenzen, wenn es nur um Stimmungsmache geht. Steinmeier, der viel im Land unterwegs ist, begegnet den Menschen dabei in einer Doppelrolle: Als Staatsoberhaupt, der Alltagspolitik enthoben, kann er zuhören; als erfahrener Politiker, der Zwänge und Komplexitäten des Geschäftes aus mehreren Jahrzehnten kennt, kann er erklären.

Legt man die alte Beschreibung zugrunde, dass ein Bundespräsident vor allem über die Macht des Wortes verfügt, so zeichnet Steinmeier aus, dass er das bisschen Macht mit den Bürgern in vielen Gesprächen teilt. Es ist wahrscheinlich, dass die nach insgesamt fünf Jahren nicht nur das Amt, sondern auch seinen Inhaber wie selbstverständlich behalten wollen.

Frank-Walter Steinmeier agiert in Krisen so klug, dass sein Amt nicht mehr zur Diskussion steht

Urheberinformation:

DiZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Westdeutsche Allgemeine WAZ Essen-Rüttenscheid vom
18.09.2019

WESTDEUTSCHE
ALLGEMEINE
WAZ

Ressort: Politik
Ausgabe: Hauptausgabe

Auflage: 8.271 (gedruckt)

Die Jugend verliert die Geduld

Die Unzufriedenheit mit der Klimapolitik ist groß. Die Bundesregierung hat es nun in der Hand, ob die Friday-Bewegung weiter wächst oder an Schwung verliert, meinen Experten

Von Christopher Onkelbach

Essen. Kirchen, Gewerkschaften, Eltern, Lehrer und Wissenschaftler. Studenten, Umwelt-, Wohlfahrts- und Naturschutzverbände. Vereine, Unternehmen, Parteien und Prominente – ein breites gesellschaftliches Bündnis bekennt sich zu den Forderungen der von Schülern getragenen Bewegung Friday for Future und ruft zur Teilnahme am „Klimastreik“ am kommenden Freitag auf.

Ob sich die Bewegung als politische Kraft aber tatsächlich über das Datum hinaus etablieren kann, sei noch nicht ausgemacht, urteilen Experten. „Die Bewegung hat bewiesen, dass sie Menschen mobilisieren kann“, sagt der Essener Politikwissenschaftler Achim Goerres. Aber noch sei nicht klar, ob der große Schwung nicht bald wieder verpufft. Ähnlich argumentiert Nicolai Dose, Politikwissenschaftler an der Uni Duisburg-Essen. Es sei erstaunlich, dass die Schüler ihre Proteste bereits so lange durchgehalten haben. Das habe die politische Debatte beeinflusst. „Lange sah es so aus, als würde die Politik das Phänomen der streikenden Schüler einfach aussitzen wollen. Doch nun reagiert sie“, sagt Dose. Selbst CSU-Chef Markus Söder sei wendig auf den Zug aufgesprungen. Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) verspüre Rückenwind und wisse das zu nutzen.

„Die Frage ist nun, ob sich die Bundesregierung tatsächlich auf wirkungsvolle Maßnahmen gegen den Klimawandel einigen wird“, sagt Dose. „Wenn sie

glaubwürdige Regelungen erlässt, könnte der Schwung der Bewegung rasch nachlassen. Wenn nicht, wird es weiter gehen.“

Der 20. September wurde nicht zufällig als Termin für den globalen „Klimastreik“ gewählt. Denn am Freitag kommt in Berlin das Klimakabinett zusammen und will Entscheidungen zur Zukunft des Klima-



„Lange sah es so aus, als würde die Politik das Phänomen einfach aussitzen wollen.“

Nicolai Dose, Politikwissenschaftler

schutzes in Deutschland treffen. 40 Milliarden Euro will die Bundesregierung dafür in die Hand nehmen, heißt es. Zeitgleich wird der Klimagipfel der Vereinten Nationen vorbereitet, der vom 21. bis 23. September in New York stattfindet.

Die Initiatoren des „Klimastreiks“ sind sich bewusst, dass sie auf die Mithilfe der Politik angewiesen sind: „Wir stoßen an Grenzen, wenn es uns nicht gelingt, die Politik unter Druck zu setzen“, sagte die Aktivistin

Luisa Neubauer. Einen positiven Effekt sehen die Politikwissenschaftler Achim Goerres und Nicolai Dose bereits jetzt: Die Jugend politisiert sich. Lange wurde der jungen Generation vorgehalten, sie ziehe sich ins Private zurück und sei vor allem an der eigenen Karriere interessiert. „Jetzt sind sie auf einmal politisch aktiv, das macht Mut“, meint Dose.

„Die Jugend politisiert sich. Das wird einen langfristigen Effekt haben.“

Achim Goerres, Politikwissenschaftler

Die Erfahrung, etwas politisch anstoßen und bewegen zu können, werde einen langfristigen Effekt auf die Haltung der Jugend haben, glaubt Goerres. „Das kann dazu führen, dass in dieser Generation die Bereitschaft größer ist, sich für politische Ziele einzusetzen. Ob sie dafür allerdings in Parteien eintreten werden, ist eine andere Frage.“



Denn die Forderungen, die Friday for Future jetzt mit großem Engagement vortragen, seien ja im Grunde nicht neu.

Das Thema Umweltschutz hätten die Grünen seit Jahrzehnten glaubwürdig besetzt. Doch die Energie und die Entschlossenheit, mit der die Jugend die Forderungen in die Öffentlichkeit trägt, seien bisher einzigartig. Dies treffe einen Nerv in der Bevölkerung und zwingt die etablierte Politik dazu, Farbe zu bekennen. Dose: „Die CSU hat es offenbar kapiert, die CDU tut sich schwer und die SPD sucht noch eine glaubwürdige Position.“ Die Proteste hätten bewirkt, dass nunmehr fast alle Parteien Antworten auf die Klimafragen suchten und „grüne Themen“ stärker in den Fokus rückten.

Bisher profitieren nur die Grünen

Unklar sei aber, wie glaubwürdig sie dies gegenüber jungen Menschen vertreten können. „Es geht um die Frage: Wie stehen die etablierten Parteien zur Jugend?“, so Goerres. „Stichwort: Rezo-Video. Verstehen sie die Anliegen der jungen Leute? Ihre Sprache? Ihre Wut? Ihre Ungeduld?“ Die Unzufriedenheit mit der Klimapolitik zahle bisher allein auf das Konto der Grünen ein. „Man wählt dann doch lieber das Original“, glauben die Forscher.

Die Lebensdauer der Friday-Bewegung hänge davon ab, ob die Politik jetzt entschieden gegen die Folgen des Klimawandels vorgehe, meint Nicolai Dose. „Und davon, wie das Wetter im nächsten Sommer sein wird.“



Juli 2019, Goslar in Niedersachsen: Bundeskanzlerin Angela Merkel stellt sich der Diskussion mit protestierenden Schülern.

FOTO: SWEN PFÖRTNER / PA/DPA

die tageszeitung vom 18.09.2019



Ressort: Bildung
Seitentitel: bildung

Auflage: 50.020 (gedruckt)

18 bildung

VHS im Jahr 1965: Auch im Ruhrpott ist der Hunger nach Bildung groß
Foto: Fotoarchiv Ruhr Museum/bpk



Der Geist ist hungrig, die Kasse leer

Volkshochschulen feiern in diesem Jahr ihr hundertjähriges Jubiläum. Doch vor allem die Lehrkräfte haben wenig Grund zu feiern. Sie sind als Honorarkräfte oft prekär beschäftigt. Die VHS haben noch andere Sorgen

Von Anima Müller

Wenn Hedwig Schulte ein Deutschkurs wegbriecht, bekommt sie kein Geld. Auch wenn das nicht ihre Schuld ist. „Das ist dann mein persönliches Pech“, sagt sie. Schulte arbeitet als freie Deutschlehrerin an der Volkshochschule Düsseldorf. Dort unterrichtet sie in 20 Stunden pro Woche Deutsch als Fremd- und Zweitsprache, leitet Alphabetisierungs- und Integrationskurse. Ein anspruchsvoller Job häufig wechselnde Klassen, vielfältige Hintergründe und Leistungsgrade der Teilnehmenden. Gleichzeitig auch ein äußerst wichtiger. Denn Volkshochschulen sind uralte demokratische Institutionen, die Bildungsgerechtigkeit ermöglichen sollen.

Hundert Jahre alt ist diese Idee – 1919 gilt als Geburtsjahr der Volkshochschulen in Deutschland. Das Jubiläum feiern etwa 350 der insgesamt 895 Schulen am Freitag unter dem Motto „Zusammenleben. Zusammenhalten“ in einer langen Nacht der Volkshochschulen. Schon im Februar fand der offizielle Festakt in der Frankfurter Paulskirche statt, in der 1849 die erste Deutsche Nationalversammlung getagt hatte. Dort sprachen auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle und CDU-Vorsitzende und Volkshochschul-Präsidentin Annette Kramp-Karrenbauer. „Ein Schlüssel zum Status activus des Staatsbürgers ist Bildung“, sagte Voßkuhle. „Wer hundert Jahre im Dienste der Menschen und der Demokratie hinter sich gebracht hat“, so Kramp-Karrenbauer, „braucht sich vor den nächsten hundert Jahren nicht zu fürchten.“

In der Weimarer Republik hatte man 1919 die Notwendigkeit erkannt, auch der „Arbeiter“ inmensich geistige Weiterbildung zu ermöglichen. Brücken sollten geschlagen werden zwischen „dem kleinen Volkteil, der geistig arbeitet“ und dem immer größer werdenden Teil der Volksgenossen, der mit der Hand schafft, aber geistig hungrig ist.“ So steht es in einem Erlass des damaligen Preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Konrad Haenisch. Laut Weimarer Reichsverfassung sollten Reich, Länder und Gemeinden die Volkshochschulen fördern. Das löste eine Gründungswelle

aus: 1919 wurden so viele noch heute existierenden Volkshochschulen geöffnet wie in keinem anderen Jahr. Die Lehrkräfte sollten aus der Mitte der Gesellschaft stammen. An der Vorstellung hat sich bis heute wenig geändert – an den Rahmenbedingungen schon. „Es herrscht immer noch die überholte Idee aus den 50er Jahren, dass verbeamtete Hauptkultlehrer in ihrer Freizeit an Volkshochschulen unterrichten“, sagt Hedwig Schulte, „aber das entspricht nicht mehr der Realität.“ Etwa 188.000 Volkshochschullehrer*innen in Deutschland arbeiten in Vollzeit und die allermeisten als Selbstständige. Anders als ihre Kolleg*innen an Schulen oder Berufsschulen sind sie aber auf Honorarbasis beschäftigt. Dafür brauchen sie einen akademischen Abschluss, Fortbildungen, Berufserfahrung in der Erwachsenenbildung. Ihr Honorar liegt aber deutlich niedriger als das Gehalt etwa an Berufsschulen. Verdien eine Vollzeitlehrkraft dort etwa 3700 Euro brutto im Monat, kommen

Kurse im Bereich Politik gehen im zweistelligen Prozentbereich zurück

VHS-Lehrkräfte auf circa 1500 Euro. Um ihre Kosten zu decken, arbeitet Schulte im Schnitt für 4 bis 6 Auftragsgeber pro Jahr. Ausfälle habe sie einkalkuliert, aber er erfährt sie von ihnen erst kurzfristig, sagt sie. „Und das ist dann unangenehm.“ Die schlechte Bezahlung hat nichts mit fehlender Nachfrage zu tun – zumindest nicht in den Deutschkursen. Dadurch bleiben die Teilnehmerzahlen insgesamt relativ konstant. 6,4 Millionen Personen besuchen pro Einzelkurs VHS-Kurs. Rechnet man Einzelveranstaltungen oder Studienfahrten hinzu, sind es sogar 8,9 Millionen Teilnehmer*innen, wie die Volkshochschul-Statistik von 2017 ausweist. Mehr als die Hälfte aller Angebote sind

Sprachkurse. Seit 2015 ist der Bereich stark angewachsen, insbesondere beim Fach Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache. In allen anderen Bereichen, so die Statistik, gehen die Kurse und Belegungen aber zurück, bundesweit. Am zweitstärksten ist der Bereich Gesundheit mit Fitness- und Entspannungskursen vertreten. Danach folgt die berufliche Weiterbildung. Kurse, die Computerprogramme wie Excel lehren, sind mittlerweile weniger gefragt – die beherrschen die meisten mittlerweile. Kurse im Bereich Politik/Gesellschaft und Arbeit/Beruf/Schulabschlüsse gehen in manchen Bundesländern auch im zweistelligen Prozentbereich zurück.

Das Honorar für die Lehrkräfte errechnet sich aus den abgehaltnen Kursstunden. Im Schnitt sind das 20 bis 25 Euro – die Vergütungen variieren jedoch in verschiedenen Ländern, Schulen und Fächern, da die Volkshochschulen meist in Trägerschaft der Kommunen liegen. Diese können dann darüber entscheiden, die Lehrkräfte besser zu bezahlen – müssen das aber aus eigener Finanzkraft stemmen. Mit 35 Euro besser vergütet werden die Integrationskurse, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) bezahlt. An diesem Satz orientieren sich die Volkshochschulen etwa in Berlin. Im August hatte der Senat die Honorare für alle Lehrkräfte angezogen. An der Düsseldorf VHS sind es zurzeit 24 Euro für DaZ und DaF-Kurse, bald soll noch einmal erhöht werden – das Ergebnis hartnäckiger Forderungen von Lehrkräften wie Hedwig Schulte.

Oder Ruth Jansen. Seit etwa 30 Jahren unterrichtet die Deutschlehrerin an der Düsseldorf Volkshochschule und ist wie Schulte im Bündnis der DaZ- und DaF-Lehrkräfte organisiert, außerdem ist sie Sprecherin der dortigen VHS-Lehrkräfte. „Die 24 Euro reichen uns längst nicht“, sagt sie. Denn die VHS-Lehrer*innen verdienen nicht nur weniger, sie haben auch sehr viel höhere Ausgaben. Sozial- und Rentenversicherung müssen sie selbst tragen. Sie haben keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – längere Ausfälle können sie in den Ruin treiben. Nach all den Ausgaben bleibt von den 24 Euro nur knapp die Hälfte übrig.

100 Jahre Volkshochschule

Die Facts Im Jahr 1919 verankerte die Weimarer Verfassung im Artikel 148 das Volkshochschulwesen und somit den Gedanken der Weiterbildung in der Verfassung. Heute gibt es in Deutschland 895 Volkshochschulen, 188.000 Lehrkräfte, 581.000 Kurse und 6,4 Millionen Teilnehmer*innen.

Die Feier Diesen Freitag öffnen 350 Volkshochschulen ihre Türen zur „Langen Nacht“ der VHS. Unter dem Motto „zusammenleben, zusammenhalten“ wollen die Volkshochschulen ein Zeichen für gesellschaftlichen Zusammenhalt setzen. Mehr unter www.100jahre-vhs.de/

Janßen arbeitet neben der VHS auch an der der Universität. Dort zahlen sie besser.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert 57 Euro pro Stunde für VHS-Kräfte. Das DaZ- und DaF-Lehrkräfte-Bündnis hat zum Jubiläum im März eine Petition an das Bildungsministerium gestartet. Darin fordert es unter anderem feste Anstellungen für längerfristig Beschäftigte und Vergütungen von 60 Euro pro Stunde, orientiert am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD E 12). Wegen der schlechten Bezahlung sind mittlerweile viele VHS-Lehrkräfte an Schulen gewechselt. Als 2016 die Zahl der Geflüchteten zunahm, gab es plötzlich mehr Schüler*innen als früher – und gleichzeitig weniger Lehrkräfte, die an Volkshochschulen unterrichten wollten. Viele zogen an Schulen in befristete Festanstellungen ab, die neu entstanden. Um der Abwanderung entgegenzuwirken, reagierten Volkshochschulen vielerorts und senkten Qualifikationsanprüche an Lehrkräfte. Ähnlich reagierte auch das Goethe-Institut.

Auch an einer Volkshochschule in Niedersachsen hat man die Deutsch-Honorare auf 35 Euro angezogen. Hier arbeitet Bündnissprecher Artur Sieg, der neben DaZ-Kursen auch Polnisch und Geschichte für 21,50 Euro pro Stunde unterrichtet. 25 Stunden pro Woche – eine Vollzeitstelle – für 1500

Euro. Sieg weiß, dass die Mittel an seiner Volkshochschule knapp bemessen sind. Aus Rücksichtnahme verzichtet er auf seinen Anspruch auf Urlaubsentgelt. Auch den haben nicht alle Lehrkräfte, sondern nur diejenigen, die in arbeitnehmerähnlichen Verhältnissen arbeiten – also überwiegend für einen einzelnen Arbeitgeber tätig sind. „Viele arbeitnehmerähnlich Beschäftigte an Volkshochschulen verzichten auf diesen Anspruch“, sagt Sieg. Einige wissen nichts davon, andere haben Angst davor, zu klagen, da der Träger kündigen könnte. In Stuttgart machten DaZ-Lehrkräfte im März auf ihre Situation aufmerksam – dort warten Lehrkräfte seit 2016 auf die Bearbeitung ihrer Anträge, die sie nun einklagen wollen.

Volkshochschulen haben eine hohe Bereitschaft, ihre Lehrkräfte fair zu bezahlen und sozial besser abzusichern – aber oft fehlen die finanziellen Mittel dafür“, sagt die Pressesprecherin vom Deutschen Volkshochschul-Verband Simone Kaucher. Die Trägerschaft der Kommunen verhindere eine bundesweite Honorarordnung. Dass der Bund zu wenig in Weiterbildung investiert, zeigt eine Studie der Universität Duisburg-Essen. Im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung aus diesem Jahr. Rund 26,9 Milliarden Euro werden in Deutschland pro Jahr für die Weiterbildung ausgegeben. Der Großteil davon, 20,9 Milliarden, wird privat finanziert. Nur 6,3 Milliarden Euro bringt der Bund auf. Anders als in allen anderen Bildungsbereichen stagniert die öffentliche Finanzierung in der Weiterbildung seit 1995. Außerdem fand die Studie heraus, dass insbesondere geringqualifizierte und Arme kaum von dem Weiterbildungsangebot profitieren. Nur 5,6 Prozent der Menschen ohne formalen Berufsabschluss und nur 7,7 Prozent der von Armut gefährdeten Menschen suchten im vergangenen Jahr eine Weiterbildung. Nun könnten auch noch Zehntausende VHS-Kurse teurer werden – da die Bundesregierung beschlossen hat, die Umsatzsteuerbefreiung für viele Kurse aufzuheben. Das dürfte vor allem Menschen mit weniger Geld von der Teilnahme an VHS-Kursen abhalten.

Also genau jene, die Volkshochschulen gegründet wurden.

lokalkompass.de (Nordrhein-Westfalen) vom 17.09.2019 10:36



Die Röttgersbacher wollen Geschichte und Zukunft in einem Buch zusammenfassen Vom Bach zum Stadtteil

Das Vorhaben ist ambitioniert, und die ersten Schritte von der Idee zur Vollendung ermutigend.

Thorsten Fischer, Historiker an der Universität Duisburg-Essen, und der Landtagsabgeordnete Frank Börner wollen die Vergangenheit des Stadtteils Röttgersbach unter die Lupe nehmen und zugleich einen Bogen in die Zukunft spannen. Und das mit Hilfe vieler Bürger.

Historisch und sogar geografisch betrachtet, mutet der Stadtteil wie ein unerforschtes Niemandsland an. Die Nähe zu Marxloh und Obermarxloh, aber erst Recht zum heute dem Stadtbezirk Walsum zugeordneten Fahrn machen eine genaue Lokalisierung nicht gerade einfach.

So ist in Aufzeichnungen der Stadt und bei Wikipedia lediglich zu lesen, dass der Stadtteil Röttgersbach im Zuge der kommunalen Neuordnung 1975 aus dem "östlichen Teil des Stadtteils Fahrn" entstanden ist. Das Röttgersbacher Gebiet gehörte früher zur selbständigen Stadt Hamborn. Unbestritten ist, dass der Röttgersbach Namensgeber des Stadtteils ist. Dieser Bach, vom benachbarten Holten kommend, mündete seinerzeit in den Elpersbach. "Elpersbach? Nie gehört", meinte eine Teilnehmerin der historisch interessierten Röttgersbach-Runde, die sich jetzt in den Räumen des Kirchprojekts St. Barbara traf, um die Geschichte ihres lieb gewonnenen Umfelds aufzuarbeiten. Alte Karten und Fotos

"So manches, was sich Hamborn auf die Fahnen schreibt, ist ja eigentlich Röttgersbach zuzuschreiben", ergänzte ein anderer.

"Genau da wollen wir ansetzen und dem Stadtteil ein historisches Gesicht geben", meinen Fischer und Börner. Letztendlich soll ein kleines Buch über die Stadtteilgeschichte dabei herauskommen. Alte Karten und Fotos wurden mitgebracht und gesichtet. Feststeht, dass die Geschichte von "Duisburg-Röttgersbach" schon viel eher begann als 1975.

Die katholische Kirchengemeinde St. Barbara im Herzen von Röttgersbach wurde bereits 1909 gegründet, die St. Hildegard-Kirche wurde 1959 von Bischof Hengsbach geweiht. Der Mattlerhof, der Jubiläumshain, die schmucken Siedlungshäuser der Wohnungsgenossenschaft Hamborn gehören ebenfalls zu den "historischen Errungenschaften". Mitgebracht wurde bei der ersten Zusammenkunft der neugierigen und wissbegierigen Röttgersbacher auch eine alte Karte aus dem Jahr 1909, auf der in großen Lettern das Wort Röttgerbach zu lesen ist.

Sammeln und dokumentieren
Vernünftig wird das geplante Buch dem Arbeitstitel "Vom Bach zum Stadtteil" gerecht. Zunächst sucht man das älteste Haus im Stadtteil. Wo mag es gestanden haben oder noch stehen? Gibt es ein Foto oder Pläne davon? Gibt es zudem Zeitzeugen der historischen Weiterentwicklung? Das alles wollen die Röttgersbacher Heimatforscher berücksichtigen, sammeln und dokumentieren. Verlässliche Quellen gibt es

noch ganz wenige.

So hat die WoGe Hamborn zu ihrem 100-jährigen Bestehen 2009 eine genau 100 Seiten starke Chronik herausgegeben, in der viele Anhaltspunkte zu finden sind. Insbesondere aber, so die Initiatoren des künftigen Röttgersbacher Geschichtsbuches, will man die hier lebenden und wohnenden Bürger ins Boot holen, denn, so Fischer, "Röttgersbach gibt es schon länger als man denkt."

Noch weiter auf der Suche

Wer Ideen, Anregungen, Wissenswertes, Fotos und Pläne hat, sollte sich mit "Berufshistoriker" Thorsten Fischer per Mail unter Thorsten.fischer.1198@gmail.com in Verbindung setzen oder entsprechende Unterlagen im Reisebüro Kautz, Ziegelhorst-, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße, abgeben. "Wir werden alles einscannen und unverzüglich den Besitzern unverseht zurückgeben", so Frank Börner.

Eine umfassende Geschichtsbetrachtung zu erstellen, sei wichtiger denn je, denn das heutige Röttgersbach sei mit dem Revierpark, der Niederrhein-Therme, dem allerersten Mehrgenerationenwohnen der Stadt, dem Golfclub, dem Weihnachtsmarkt der großen Hilfe, pulsierendem Karnevalsleben und vielen anderen "Meilensteinen" ein "Vorzeige-Stadtteil" Duisburgs.

Artikellayout (Format) wurde nachträglich verändert

WiWo.de (Wirtschaftswoche) vom 17.09.2019

Wirtschafts
Woche

Ressort: Unternehmen / Auto /

Unique Users (UUD): 0,070 (in Mio.)

Nach deutlicher Kritik von VW-Chef Diess

Wie Politiker und andere Autohersteller zum Wasserstoff-Antrieb stehen

Am Rande der IAA machte VW-Chef Herbert Diess unmissverständlich deutlich, was er vom Wasserstoff-Antrieb hält: 'Das ist einfach Unsinn', so Diess. Doch Konkurrenten und Bundesminister sehen das ganz und gar anders.

Erstveröffentlichung 17.09.2019 15:15:28
Sichtlich gut gelaunt und unter Showeffekten stellte Herbert Diess am Abend vor dem ersten Tag der IAA in Frankfurt den ID.3 von VW vor. Der bedeutet für den Konzern nichts weniger als den Einstieg ins Elektrozeitalter. Diess hat sich auf den Elektromotor eingeschossen - und zwar klipp und klar. Nur zwei Tage nach der Präsentation äußerte er sich in einer Gesprächsrunde mit Journalisten, in der auch die WirtschaftsWoche vertreten war, überaus kritisch zum konkurrierenden Wasserstoffantrieb, an dem unter anderem sein ehemaliger Arbeitgeber BMW arbeitet. Auf der IAA stellte der Münchner Autobauer nämlich den 'BMW i Hydrogen Next' vor. Dabei handelt es sich um einen auf Wasserstoffantrieb umgerüsteten BMW X5, ein SUV. In den kommenden drei Jahren will BMW eine Testflotte mit diesem Fahrzeug aufbauen. Angesprochen auf diese IAA-Präsentation von BMW lachte Diess und sagte: 'Das machen die?' Er sei sich 'sehr sicher', dass das Wasserstoffauto in den kommenden zehn Jahren keine relevante Option für den Antrieb von Autos sei, so Diess. Mit Blick auf japanische Autohersteller, die den Wasserstoffantrieb stark unterstützen, sagte Diess: 'Also dass man Wasserstoff aus Braunkohle herstellt und mit Schiffen nach Japan transportiert und dort in Autos füllt, das ist einfach Unsinn.'

Die Äußerungen des VW-Chefs und die Meldung der WirtschaftsWoche dazu haben für Aufsehen gesorgt - nicht nur in der Automobilbranche. Vor allem in der Politik ist der Wasserstoff in den letzten Wochen im Rahmen der Klimadebatte zu einem bedeutenden Thema geworden. In Berlin und anderswo ist man ganz anderer Meinung als in der Chefetage des größten Automobilherstellers der Welt.

Kritik kommt etwa von einem Politiker, der eine große Nähe zu VW vorzuweisen hat, da er als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen im VW-Aufsichtsrat sitzt. Am Tag nach den Äußerungen des VW-Chefs hat SPD-Politiker Stephan Weil Diess in einem Gastbeitrag für das 'Handelsblatt' widersprochen: 'Als Kraftstoff in Verbindung mit Brenn-

stoffzellen könnte Wasserstoff die Mobilität umkrempeln', schreibt Weil dort. Wenn man nach einem archimedischen Punkt bei der Energiewende suche, 'Wasserstoff könnte ihn darstellen', so Weil. 'Die Wasserstoffwirtschaft muss gezielt gefördert werden.'

Eine nationale Wasserstoff-Strategie Ähnlich klingt die Position von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek: Sie wolle das Thema Wasserstoff im Klimakabinett am 20. September 'zu einem der Schwerpunktthemen machen', sagte die CDU-Politikerin in der vergangenen Woche in Berlin und beschrieb den Wasserstoff gar als 'zentralen Energieträger der Zukunft'. Das von ihr geführte Forschungsministerium will gemeinsam mit dem Wirtschafts- und dem Verkehrsministerium bis Dezember die 'Nationale Wasserstoffstrategie' vorlegen. Kostenpunkt: mehrere Hundert Millionen Euro. Die Politik scheint an Wasserstoff zu glauben.

Auch deshalb kürte Verkehrsminister Andreas Scheuer neun deutsche Regionen zu sogenannten 'Wasserstoffregionen', die er nun fördern will - etwa Rügen-Stralsund oder den Landkreis Schaumburg. 'Wir wollen lieber heute als morgen klimafreundlich unterwegs sein. Wasserstoff-Mobilität erfüllt genau das: Tanken in drei Minuten mit einer Reichweite von 500 bis 700 Kilometern', kommentierte Scheuer die Initiative.

Herbert Diess hingegen kritisierte auf der IAA weiterhin: Werde Wasserstoff getankt, der bei Produktionsprozessen als chemisches Abfallprodukt entstanden sei, dann sei dieser Wasserstoff 'nicht CO2-frei' und habe 'zum Teil eine höhere CO2-Last als konventionelle Kraftstoffe' wie Benzin oder Diesel, so der VW-Chef. Wenn man dagegen den Wasserstoff regenerativ produziere, dann sei man auf eine 'sehr ineffiziente' Herstellungsmethode angewiesen, die viel Strom verbräuche. Für die gleiche gefahrene Strecke brauche man deshalb 'drei Mal so viele Windmühlen', also drei Mal so viel regenerativ erzeugten Strom.

Genau an dieser Problematik will Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier arbeiten und den 'grünen Wasserstoff' von einem Nischenprodukt in den industriellen Maß-

stab führen. Beim grünen Wasserstoff handelt es sich um Wasserstoff, der mit Ökostrom etwa aus Wind- oder Solaranlagen klimaneutral produziert wurde. Grüner Wasserstoff solle 'inländisch in industriellem Maßstab baldmöglichst produziert werden', heißt es laut 'Handelsblatt' in einem Papier aus Altmaiers Ministerium, das die Rolle gasförmiger Energieträger in den Sektoren Verkehr, Industrie, Gebäude und Stromerzeugung skizziere.

Wasserstoff in der Branche angelangt Nicht nur die Politik setzt auf den Wasserstoff. Auch Automobilhersteller tun das. Toyota ist mit seinem Mirai - dem laut eigener Aussage 'ersten Wasserstoffauto in Serie' - der prominente Pionier auf diesem Feld. Doch auch Audi, seit mehr als fünfzig Jahren Tochter des VW-Konzerns, arbeite in Neckarsulm trotz der Kritik von Diess weiterhin am Wasserstoffantrieb, bestätigte eine Sprecherin des Unternehmens dem SWR. Und das, obwohl der Ingolstädter Hersteller recht genau wissen dürfe, was Diess von Wasserstoff hält und seine Meinung schätzen müsste, ist Diess als VW-Chef doch Aufsichtsratsvorsitzender bei Audi.

Abgesehen von den entgegengesetzten Meinungen aus Politik und Automobilindustrie, ist die Meinung des VW-Chefs keinesfalls unpopulär. Ferdinand Dudenhöffer, Automobilexperte und Professor für Automobilwirtschaft an der Universität Duisburg-Essen teilt die Einschätzung von Herbert Diess. 'Wenn ein Hersteller im Pkw-Markt in den nächsten zehn Jahren verlieren will, dann sollte er voll und ganz auf Wasserstoff setzen', sagte Dudenhöffer der WirtschaftsWoche noch im April. Das sei 'hoffnungslos.' Und weiter: 'Um ein heutiges Wasserstoffauto, das sich auf dem Niveau eines Golfs befindet, von 80.000 Euro in die preisliche Klasse eines vergleichbaren Elektroautos zu bringen, braucht es sicherlich zwanzig Jahre', schätzt Dudenhöffer.

Und nicht umsonst hat sich Peter Altmaier so vehement für eine Förderung von Batteriefabriken in Deutschland ausgesprochen. Bundesfinanzminister Olaf Scholz von der SPD etwa befürwortet eine Verlängerung der

E-Auto-Förderung um zehn Jahre. Welcher Antrieb sich für Fahrzeuge wirklich langfristig durchsetzen wird, ist also noch nicht ausgemacht - außer wenn es nach Herbert Diess geht.

Urheberinformation: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2019: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

Artikellayout (Format) wurde nachträglich verändert

Westdeutsche Allgemeine WAZ Duisburg-Mitte vom 18.09.2019

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

WAZ

Ressort: Lokales

Auflage: 8.418 (gedruckt)

Ausgabe: Westdeutsche Allgemeine WAZ Duisburg-Mitte

Wissenschaftler diskutieren Projektion

Mercator-Matinee mit Experten

Mit einem Podiumsgespräch würdigt die Mercator-Matinee das 450. Jubiläum der Mercator-Projektion am Sonntag, 29. September, um 11.15 Uhr im Kultur- und Stadthistorischen Museum am Innenhafen. Die weltgeschichtliche Bedeutung dieser genialen wissenschaftlichen Erfindung diskutieren Dr. Ulf von Rauchhaupt (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung), Prof. Dr. Peter Mesenburg, bis 2005 Professor für Kartographie am Fachbereich Vermessungswesen der Universität Duisburg-Essen, Dr. David

Kuchenbuch, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen, und Dr. Christoph Hornmann aus Freiburg, freiberuflicher Grafik-Designer im Bereich Geovisualisierung. "Der Meister aus Rupelmonde steht unübertroffen in der Kartographiegeschichte seit der Zeit des Ptolemaios." Das schrieb der finnische Polarforscher und Kartenhistoriker Adolf Erik Nordenskiöld am Ende des 19. Jahrhunderts und hatte dabei vor allem Mercators Weltkarte aus dem Jahr 1569 und die

dabei verwendete "Mercator-Projektion" im Sinn. Gedacht war diese Karte "ad usum navigantium", doch bis heute finden es lange nicht nur Seefahrende praktisch und ästhetisch, Länder, Kontinente oder die ganze Erde auf diese Weise darzustellen. In der Podiumsdiskussion geht es um die Gründe für diese Beliebtheit, um die Kritik, die daran geübt wurde, und um Grenzen und Bedeutung der Mercator-Projektion im digitalen Zeitalter.

Monheimer Schulen rücken zusammen

Das Otto-Hahn-Gymnasium und die neue Gesamtschule am Berliner Ring kooperieren.

VON D. SCHMIDT-ELMENDORFF

MONHEIM Die Schule, die sich abschottet, gar in Konkurrenz zu anderen Schulen tritt, war gestern, sagt Heinz Gniosko, Dozent an der Universität Duisburg-Essen in der Fakultät Bildungswissenschaften. „Heutzutage müssen Schulen kooperieren, sich als Teil einer Bildungslandschaft verstehen und gemeinsam die Verantwortung für die Schülerschaft übernehmen.“ Dies drückt sich schon jetzt in der gemeinsamen Nutzung des neuen Schulgebäudes am Berliner Ring durch Otto-Hahn-Gymnasium (OHG) und Gesamtschule (GBR) aus. Auch sollen OHG-Schüler künftig in der Mensa der GBR essen gehen können. Jetzt haben die beiden Schulen am Standort Berliner Ring einen Kooperationsvertrag abgeschlossen, in dem weitere Projekte vereinbart werden.

So kooperieren die Schulen bereits jetzt bei der Aufnahme, um zu verhindern, dass Eltern bei der Schulwahl eine Entscheidung gegen den pädagogischen Rat der Lehrer

treffen. „Künftig wird die Durchlässigkeit des Schulsystems verbessert, indem ein Schüler bei einem unausweichlichen Schulwechsel seine Karriere an der Gesamtschule fortsetzen kann“, sagt Dr. Hagen Bastian, Leiter des OHG. Früher musste er dann in Langenberg zur Realschule gehen.

Außerdem haben die Schulen bereits den Unterrichts-Rhythmus harmonisiert und verfolgen nun beide das 60-Minuten-Modell. Das vereinfacht die Erarbeitung kooperativer Bildungsangebote. „So könnten künftig schon im Wahlpflichtbereich der Mittelstufe solche Fächer

gemeinsam angeboten werden, die wegen zu weniger Schüler drohen nicht zustande zu kommen, wie Informatik oder eine dritte Fremdsprache“, sagt Bastian.

Neu ist auch das Tutoriats-Konzept, wonach OHG-Schüler der Oberstufe Fünftklässler der Gesamtschule im Rahmen des Ganztagsbetriebs Förderunterricht in den Fächern Deutsch, Mathe und Fremdsprachen erteilen. Einem ersten Aufruf folgten 34 Gymna-

stien. Die Auswahlkriterien „Sie müssen zuverlässig, verantwortungsbewusst, zur sozialen Interaktion fähig sein und über fachliche Kompetenz verfügen“, erklärt Annette Heintz, Lehrerin am OHG. Der Tutor unterrichtet eine Stunde pro Woche – gegen ein Entgelt, das der Förderverein aufbringt. Die Gesamtschüler werden jeweils an einem Nachmittag pro Woche gefördert. Das Material wird gestellt, die Tu-

toren müssen sich mit den Lehrern abstimmen, damit die von ihnen vermittelten Inhalte an den Unterricht angebunden sind. Langfristig sollen auch Oberstufenschüler der Gesamtschule in das Tutoriats-Modell einbezogen werden. Bürgermeister Daniel Zimmermann lobte die Willkommensatmosphäre, die beim ersten Schultag der Gesamtschule entstanden sei, als die Tutoren die Erstklässler begrüßten. „Diese schulübergreifenden Kooperationen führen dazu, dass sich die Schüler ohne Vorurteile und Stigmatisierung kennenlernen“, fügte Gniosko hinzu.

In der Oberstufe könne dank der Kooperation einst ein breiteres Kursangebot dargeboten werden, wie etwa ein Leistungskursus Sport, den derzeit nur ein Gymnasium in Leverkusen anbiete. Insgesamt zögen diese innovativen Strukturen viele Lehrer an, sagte Martin Paeslack, kommissarischer Leiter der Gesamtschule. Es habe für die Stellen an seiner Schule deutlich mehr Interessenten als Plätze gegeben. Die Kooperation erfülle auch den Zweck, der Gesamtschule ihre Position innerhalb des zweigliedrigen Schulsystems zuzuweisen. „Früher versuchten die Gesamtschulen, Gymnasien zu sein, sie sollen aber Schule für alle sein“, betonte Gniosko.

„Schüler können sich ohne Vorurteile und Stigmatisierung kennenlernen“

Heinz Gniosko
Bildungsexperte

INFO

Ein Ausschuss soll Projekte anstoßen

Die Zusammenarbeit der GBR und des OHG wird von einem Kooperationsausschuss gestaltet und begleitet.

Daran nehmen die Schulleitung und mindestens eine Lehrkraft teil. Er plant und organisiert die Kooperationsmaßnahmen und setzt **Jahresschwerpunkte**. Die Schulen sollen auch bei Digitalisierung und Fachunterricht kooperieren, etwa durch **gemeinsame Fachkonferenzen**.



Annette Heintz, Hagen Bastian, Daniel Zimmermann, Martin Paeslack und Stephanie Bräuer (v. li.) schließen einen Pakt für mehr Bildung. RP-FOTO: MATZERATH